



Dr. Julia Verlinden
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Julia Verlinden, MdB, Auf dem Wüstenort 4/5, 21335 Lüneburg

Lüneburg, 07.05.2020

Bezug:

Anlagen:

Dr. Julia Verlinden, MdB

Regionalbüro Lüneburg:

Auf dem Wüstenort 4/5

21335 Lüneburg

Telefon: +49 (0) 4131 219 70 93

Fax: +49 (0) 4131 284 65 71

julia.verlinden.ma11@bundestag.de

Regionalbüro Dannenberg:

Marschtorstraße 57

29451 Dannenberg

Telefon: +49 (0) 5861 98 90 212

Fax: +49 (0) 5861 98 90 214

julia.verlinden.ma12@bundestag.de

Büro Berlin:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 227 75077

Fax: +49 (0) 30 227 76077

julia.verlinden@bundestag.de

Abgeordnete für die Landkreise
Celle, Cuxhaven, Harburg, Lüchow-
Dannenberg, Lüneburg, Stade und
Uelzen

www.julia-verlinden.de

Lieber Peter,

vielen Dank für Deine E-Mail. Es tut gut zu wissen, dass wir gemeinsam mit vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern dafür kämpfen, dass die Corona-Krise nicht dazu führt, dass die Bedrohung durch die Klima-Krise vergessen wird und Klimaziele über Bord geworfen werden.

Es kommt jetzt darauf an, mit den Milliarden in Konjunktur- und Investitionsprogrammen, die in den nächsten Monaten fließen werden, die sozial-ökologische Transformation einzuleiten und sie nicht für Projekte zu verfeuern, die weder zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, noch die Einhaltung der Klimaziele garantieren.

Es kommt jetzt darauf an, aus dem Parlament heraus, auf der Straße und im Netz Druck zu machen und zu zeigen, dass wir nicht bereit sind, dabei zuzuschauen, wie in der Klimapolitik drei Schritte zurück gemacht werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir einerseits selbst Vorschläge machen, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft jetzt erneuern müssen und andererseits anhand konkreter Vorhaben der Bundesregierung aufzeigen, wenn diese Projekte die Zukunft der jungen Generation gefährden.

Ich bin deshalb entschieden: Es darf kein Cent in die Förderung von Autos mit Verbrennungsmotoren fließen! Mit dieser Idee von vorgestern werden Fehlanreize für die Automobilindustrie geschaffen und die so dringend notwendige Transformation der Automobilindustrie sowieso



das Vorankommen einer echten Verkehrswende ausgebremst! Wir Grüne haben bei unserem Länderrat letztes Wochenende beschlossen:

Die nun nötigen Konjunkturmaßnahmen bieten eine große Chance für die ökologische Wende, vor allem im Verkehrsbereich: Bürger*innen, die ihren privaten Pkw abmelden und keinen neuen anschaffen, sollen eine Mobilitätsprämie in Anspruch nehmen können, um darüber klimafreundliche Alternativen wie eine BahnCard, eine ÖPNV-Jahreskarte, ein Lastenfahrrad oder Car- oder Bikesharing-Angebote mitfinanziert zu bekommen. Denn mehr Autos sind nicht die Lösung.¹

Aber zur Wahrheit gehört eben auch: aus der Opposition heraus kann ich nicht viel mehr machen, als der Automobilindustrie, den Ministerpräsidenten der sogenannten „Auto-Länder“ und vielen anderen Befürworter*innen der Prämie die rote Karte zu zeigen und darauf hinzuweisen, weshalb diese Idee das Klima und die Arbeitsplätze in der Industrie gleich mit vor die Wand fahren wird.

Eine gute Nachricht gibt es: Auch nach dem Autogipfel am Dienstag gibt es bisher noch keine konkreten Zusagen an die Automolindustrie – wir müssen uns also noch nicht geschlagen geben!

Auch die geplante „stille Beteiligung“ des Staates bei der Lufthansa bereitet uns große Bauchschmerzen. Mein Kollege und Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler aus Hannover hat dazu erklärt: „Es ist inakzeptabel, dass Politiker von CDU und CSU Milliarden an Steuergeldern an die Lufthansa geben möchten, ohne auf die Verwendung der Gelder Einfluss nehmen zu wollen. Die Union muss dringend ihr Verhältnis zu einem verantwortlichen Umgang mit Steuergeld klären. Wenn der Bund Lufthansa hilft, braucht er ein aktives Mitspracherecht und muss Einfluss

¹ https://antraege.gruene.de/1LR20/Eindaemmung_Erholung_und_Erneuerung-4466



auf die Zukunftsausrichtung, insbesondere auf die Strategie zur Klimaneutralität und die soziale Ausrichtung, nehmen.“²

Wir kämpfen schon immer gegen die Subventionierung von Kerosin, für eine drastische Reduktion der Inlandsflüge und dafür, dass die Bahn endlich eine bei Preis und Komfort attraktive Alternative zum Flugzeug wird, auch über Staatsgrenzen hinweg. Und wir fordern schon seit Langem, dass die Forschung zu klimafreundlichen Antrieben in der Luftfahrt massiv ausgebaut wird.

Die Lufthansa braucht eine neue Unternehmensstrategie, die all diese Aspekte mitdenkt und mit berücksichtigt.

Die Klimaziele werden wir nicht mit freiwilligen Verzichtserklärungen, kritischem Konsum und Willensbekundungen lösen, stattdessen braucht es einen CO2-Preis der eine echte Lenkungswirkung hat. Forderungen, aufgrund der Corona-Krise vom CO2-Preis abzurücken, erteile ich eine klare Absage! Selbst der bisher von der Bundesregierung in Aussicht gestellte CO2-Preis wird allen Expert*innen zufolge nicht ausreichen, um eine tatsächlich ausreichende Lenkungswirkung zu entfalten. Es scheint vielfach noch nicht verstanden zu sein, dass der gesellschaftliche und im Übrigen auch der ökonomische Schaden, der uns durch die Klimakrise entstehen wird, um ein Erhebliches größer sein wird, als die Kraftanstrengungen, die es uns jetzt kosten würde, die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch aufzuhalten.

Den mit Abstand größten Anteil der deutschen Treibhausgas-Emissionen macht die Energiewirtschaft aus: also vor allem die öffentliche Strom- und Wärmeerzeugung.³ Deshalb macht der Kurs der Bundesregierung hier umso fassungsloser! Ein gutes

² <https://www.sven-kindler.de/2020/04/lufthansa-staat-darf-keine-passive-zuschauerrolle-einnehmen>

³ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#energiebedingte-treibhausgas-emissionen>



Beispiel ist die Solarenergie: Die deutliche Überzeichnung der letzten Ausschreibung zeigt, dass viel mehr geht bei der Solarenergie, als von der Bundesregierung zugelassen. Die Regierung muss die Ausschreibungsmengen umgehend erhöhen und so den Solarausbau beschleunigen. Und vor allem muss endlich der Solardeckel weg. Die Regierungsbremse bei 52 Gigawatt wird in wenigen Monaten erreicht sein. Dann droht ein herber Einbruch bei der Solarenergie. Den kann Deutschland sich aber nicht leisten. Denn für den Klimaschutz brauchen wir viel mehr sauberen Ökostrom, der dreckigen Kohlestrom ersetzt. Und für den anstehenden Strukturwandel brauchen wir mehr Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen, die wir gerade auch angesichts der Corona-Krise dringend gebrauchen können.

Lieber Peter, liebe Aktivist*innen:

Es gilt: Wir müssen Krisen wie Krisen behandeln! Die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus mögen vielen von uns nicht gefallen, aber sie sind nötig, um schlimmeres zu verhindern. Die Pandemie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass uns eine Krise noch viel größeren Ausmaßes bevorsteht, wenn wir jetzt nicht handeln! Lasst uns also gemeinsam, mit Abstand und Mundschutz versteht sich, online und offline Druck machen: lasst uns der jungen und den kommenden Generationen eine klimagerechte Welt und keinen Scherbenhaufen hinterlassen.

Kämpferische Grüße,
Julia

P.S: Ich freu mich, wenn alle Interessierten auf meiner Homepage www.julia-verlinden.de vorbeischaun.
Oder meinen monatlichen Newsletter abonnieren:
www.julia-verlinden.de/newsletter
Oder sich mein Facebook, Instagram oder Twitter-Account anschauen.